SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Oaxaca: hat Mexikos Rechtsstaat eine Zukunft?

Schulz, Christiane

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute for Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Schulz, C. (2007). *Oaxaca: hat Mexikos Rechtsstaat eine Zukunft?* (GIGA Focus Lateinamerika, 2). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Lateinamerika-Studien. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-276758

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Comercial-NoDerivatives). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Lateinamerika-Studien

Nummer 2
2007
4,- Euro
ISSN 1862-3573

LATEINAMERIKA

Oaxaca – hat Mexikos Rechtsstaat eine Zukunft?

Christiane Schulz

Auf seiner ersten Europareise warb Mexikos neuer Präsident Felipe Calderón im Januar 2007 für ausländische Investitionen und präsentierte Mexiko bei dieser Gelegenheit als stabile Demokratie, die auf Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung der Menschenrechte basiere. Tatsächlich befindet sich das Land jedoch in einer schwerwiegenden sozialen und politischen Krise, über die Calderón bei seinem Europabesuch konsequent hinwegtäuschte.

Analyse:

Die gewaltsame Niederschlagung der sozialen Proteste in Oaxaca durch die bundesstaatliche und die nationale Regierung zeichnet derzeit ein düsteres Bild von der menschenrechtlichen Situation in Mexiko. Die notwendigen strukturellen Reformen hin zu mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Bekämpfung sozialer Ungleichheit treten gegenüber dem Primat von Innerer Sicherheit und Wirtschaftsliberalisierung in den Hintergrund.

- Weder die Regierung des Bundesstaates Oaxaca noch die nationale Regierung unter Präsident Vicente Fox bemühten sich um eine friedliche Konfliktlösung, die auf der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und eine nachhaltigen Sozialpolitik aufbauen müsste.
- Die politische Praxis ist von systematischen Menschenrechtsverletzungen gekennzeichnet. Strukturelle Schwächen wie die starke Stellung des Präsidenten, die mangelhafte Gewaltenteilung und das unzuverlässige Justizsystem verstärken die soziale und politische Unsicherheit.
- Calderóns erste Amtshandlungen lassen bereits jetzt die Hoffnung auf eine soziale und politische Neugestaltung Mexikos schwinden. Und auch die Oppositionspartei PRD bietet derzeit keine Alternativen.
- Calderón nutzt den viel diskutierten „Linksruck" Lateinamerikas, indem er Mexiko bei potentiellen Investoren als einen der letzten sicheren Staaten in der vermeintlich instabilen Region präsentiert. Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit dienen ihm dabei lediglich als werbende Rhetorik und haben nur geringe Substanz.

Key words: Mexiko, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, sozialer Protest

Die aktuelle Situation in Mexiko bei Amtsantritt Calderóns

Seit seinem Amtsantritt begleiten Felipe Calderón kritische Fragen zur politischen Stabilität Mexikos. Der lange Wahlkampf, die wochenlange Unsicherheit über die Nachfolge im Präsidentenamt, der äußerst knappe Vorsprung gegenüber seinem politischen Gegner und nicht zuletzt die politischen Unruhen in Oaxaca sorgten international lange Zeit für negative Schlagzeilen. Ende Januar besuchte Calderón Deutschland, Großbritannien und Spanien sowie das Weltwirtschaftsforum in Davos. Auf seiner ersten Europareise warb er zwar für sein wirtschaftsliberales Regierungsprogramm und für Investitionen und betonte die makroökonomische Stabilität. Kritischen Fragen zu den gravierenden Schwächen im mexikanischen Demokratisierungsprozess, der Krise des politischen Systems und den Unruhen in Oaxaca wich er jedoch konsequent aus.

Der Widerspruch zwischen makroökonomischer Stabilität und sozialen Disparitäten kann durch das überholte politische System nicht gelöst werden. Als Mitglied der OECD und des regionalen wirtschaftlichen Freihandelsabkommens NAFTA zählt Mexiko zu den wirtschaftspolitisch hoffnungsvollen Ländern Lateinamerikas.

Der Wahlsieg des Kandidaten der Partei der Nationalen Aktion (PAN), Vicente Fox, im Jahr 2000 wurde als historisches Ereignis gefeiert, und Mexiko sah sich in seinem Selbstverständnis als demokratische Industrienation bestätigt. Nach über 70 Jahren war die Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) abgewählt und die PAN versprach einen demokratischen Neuanfang. Das Ergebnis der sechsjährigen Präsidentschaft von Fox ist jedoch ernüchternd. Der zuvor eingeleitete Demokratisierungsprozess wurde nicht fortgesetzt. Stattdessen diente der staatliche Machtapparat weiterhin der Aufrechterhaltung des Status Quo. Weder tastete Fox den Präsidentialismus an noch wurde die in der Verfassung vorgesehene Gewaltenteilung in die politische Praxis umgesetzt. Dagegen perfektionierte die Regierung den traditionellen Spagat zwischen einer positiven außenpolitischen Performance und einer wenig demokratischen innenpolitischen Realität. Besonders deutlich zeigt sich dies im Bereich der Menschenrechte: Auf Einladung der Regierung Fox hat das Hochkommissariat für Menschenrechte der Vereinten Nationen ein beratendes Menschenrechtsbüro in Mexiko eingerichtet, und seit 2006 übt Mexiko die Präsidentschaft im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen aus. Im Land selbst ist die menschenrechtliche Situation jedoch ernüchternd. Sowohl die politischen und bürgerlichen als auch die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte werden systematisch verletzt. Dringend notwendige strukturelle Veränderungen, beispielsweise im Justizwesen, hat Fox nicht umgesetzt.

Symbolisch bezeugen die Umstände der Amtsübergabe von Vicente Fox an Felipe Calderón die Krise des politischen Systems. Calderón musste, um das Präsidentenamt formal korrekt von seinem Parteifreund und Amtsvorgänger übernehmen zu können, durch eine Hintertür in den Parlamentssaal geschleust werden. Alle anderen Türen hatten Abgeordnete der Partei der Demokratischen Revolution (PRD) bereits seit über zwei Tagen blockiert, um den Amtsantritt von Calderón zu verhindern. Die PRD wirft der PAN Wahlbetrug vor und sieht ihren Kandidaten Andrés Manuel López Obrador als legitimen Präsidenten Mexikos. Nur durch eine Tür hinter dem Rednerpult konnte Calderón das Parlamentsgebäude betreten, kurz seinen Amtseid schwören, um auf demselben Wege – nun als neuer Präsident Mexikos – den Saal gleich darauf wieder zu verlassen. Diese Vorkommnisse nach den Präsidentschaftswahlen vom 2. Juni 2006 stellen nicht nur die Handlungsfähigkeit der Präsidentschaftskandidaten in Frage, sondern legen auch die Schwächen des politischen Systems offen.[1]

Besonders deutlich wird die Krise des politischen Systems am Beispiel der Konflikteskalation im südlichen Bundesstaat Oaxaca. Hier zeigt sich der fehlende Wille der Regierungen und der politischen Parteien, im Rahmen demokratischer Spielregeln Verantwortung zu übernehmen. Soziale Proteste Tausender von Menschen wurden gewaltsam niedergeschlagen, ohne dass die Regierung dieses Bundesstaates oder die nationale Regierung unter Präsident Fox den Dialog gesucht hätten. Felipe Calderón scheint hierbei ganz in die Fußstapfen seines Amtsvorgängers zu treten.

[1] Vgl. Maihold, Günther: Regieren nach dem Foto-Finish: Mexiko und die Wahlen vom 2. Juli 2006, in: GIGA-Focus Lateinamerika 7/2006.

Vom Lehrerstreik zur Gründung der Volksversammlung Oaxacas

Auslöser der Proteste in Oaxaca war ein Lehrerstreik, der seit Mai letzten Jahres den Schulbetrieb großflächig lahm gelegt hatte. Lehrerinnen, Lehrer, ihre Familien und unterstützende Organisationen – insgesamt etwa 30.000 Menschen – campierten im Zentrum von Oaxaca-Stadt, um den Forderungen der Gewerkschaft nach Lohnerhöhungen Nachdruck zu verleihen. Statt den Dialog zu suchen, ordnete Gouverneur Ulises Ruiz Ortiz von der PRI die Räumung der Innenstadt durch Sicherheitskräfte an. Am 14. Juni 2006 marschierte die Polizei in die Stadt ein. Offiziellen Angaben zufolge nahmen 870 Polizisten an der Operation teil; laut Zeitungsberichten sollen es sogar 1.000 bis 3.000 Polizisten gewesen sein, die meisten schwer bewaffnet. Das erklärte Ziel, die Räumung der Innenstadt, erreichte die Polizei jedoch nicht. Die Bilanz des Tages: über 100 Verletzte und elf Festnahmen durch die Polizei. Die protestierenden Lehrer hielten ihrerseits acht Personen über mehrere Stunden fest, darunter Polizisten und staatliche Funktionäre.[2]

Aus Solidarität mit den streikenden Lehrern und als Kritik am Vorgehen der Regierung unterstützte fortan eine Vielzahl sozialer und politischer Organisationen die Lehrergewerkschaft. Demonstrationen mit rund 500.000 Teilnehmern zogen durch Oacaxa-Stadt. Am 20. Juni 2006 gründeten über 350 Gruppen die *Asamblea Popular del Pueblo de Oaxaca* (APPO) – die Volksversammlung Oaxacas. Unter den Gründungsmitgliedern der APPO befanden sich neben der Lehrergewerkschaft weitere Gewerkschaften sowie *Indígena-*, Bauern-, Frauen- und Jugendorganisationen. Mittlerweile engagieren sich in der APPO darüber hinaus indigene Gemeindevertreter, Aktivisten von Basisorganisationen und Mitarbeiter von Nicht-Regierungsorganisationen.

Die Vielfalt der Mitgliedsorganisationen spiegelt sich auch in ihren Zielsetzungen wider.[3] Die APPO formuliert darin Vorschläge für grundlegende politische, wirtschaftliche und soziale Transformationsprozesse. Die Forderungen umfassen die Umsetzung der staatlichen Gewaltenteilung in die politische Praxis, die Unabhängigkeit staatlicher Menschenrechtsinstitutionen, die Anerkennung der multiethnischen und plurikulturellen Vielfalt der Gesellschaft und Respektierung der Autonomie der indigenen Bevölkerungsgruppen, den Aufbau und die Stärkung neuer Formen sozialer Organisationen, die stärkere Beteiligung von Frauen am politischen Leben und die strikte Trennung von Kirche und Staat. Des Weiteren erachtet die APPO neue Formen der Beteiligung der Bevölkerung an politischen Prozessen und Reformen der politischen Institutionen und der Wahlen für notwendig. Im wirtschaftlichen Bereich nennt die APPO die Stärkung der direkten Beziehung zwischen Produzenten und Konsumenten ebenso als Ziel wie die Förderung von Kooperativen und anderen alternativen wirtschaftlichen Gruppen, die Unterstützung nachhaltiger regionaler Entwicklungsprojekte und eine Reform des Steuerwesens. Zudem fordert die APPO, die Rechte der Arbeiter umzusetzen sowie friedliche Lösungen für die Landkonflikte zu finden. Im sozialen Bereich fordert sie Reformen im Gesundheits- und Bildungswesen, einschließlich des Aufbaus eines zweisprachigen interkulturellen Bildungssystems. Eine prominente Forderung der Massenbewegung ist schließlich die Absetzung von Gouverneur Ulises Ruiz. Diesen Forderungen sollte die Besetzung von Oaxaca-Stadt Nachdruck verleihen.

Das PRI-System in Oaxaca: ein System zur systematischen Marginalisierung

Die Vielfalt der von der APPO diskutierten Themen, des formulierten Reformbedarfs und der Forderung nach weitreichenden strukturellen Veränderungen zeugen von der großen Spannbreite aktueller politischer, wirtschaftlicher und sozialer Konfliktlinien im Bundesstaat Oaxaca.

Repräsentativ für die Aufrechterhaltung des autoritären Status Quo in Oaxaca ist die PRI, die seit Jahrzehnten ungebrochen die Regierungsmacht ausübt. Die Machtansprüche der PRI-Regierungen werden dabei stets durch die absolute Mehrheit im Kongress abgesichert. Auch arbeitet die Justiz mit der PRI-Regierung Hand in Hand. Auf allen Ebenen dominiert ein System aus Klientelismus und Korruption sowie Kooptation und Repression.

---

[2] Vgl. Red Oaxaqueña de Derechos Humanos (Coordinación): Informe sobre las violaciones a los derechos humanos cometidos durate el desalojo del plantón magisterial, julio 2006.

[3] Congreso Constitutivo de la Asamblea Popular de los Pueblos de Oaxaca: Resumen general de los resultados de las mesas de trabajo, 2006.

Nach dem Amtsantritt von Ulises Ruiz im Jahr 2004 zeigte sich schnell, dass er einzelne inhaltliche Fortschritte im Demokratisierungsprozess in ihr Gegenteil verkehrte. Seither ist die Politik überwiegend von Repression bestimmt. Seit Beginn seiner Amtszeit wurden Ulises Ruiz Wahlbetrug und Korruption in großem Stil vorgeworfen. Zudem erwies er sich in den folgenden Monaten als Experte für die gewaltsame Eskalation von Konflikten.

So verschärfte sich die Situation in Oaxaca-Stadt. Soziale Proteste wurden zunehmend mit Polizeigewalt niedergeschlagen und die Medienfreiheit massiv eingeschränkt. Exemplarisch sei hier der Fall der Zeitung *Noticias* erwähnt. Mitglieder einer PRI-nahen Gewerkschaft belagerten das Zeitungsgebäude im Sommer 2005 über Wochen und hielten 31 Mitarbeiter darin fest. Nach einem Monat stürmten die PRI-Gewerkschafter und Polizisten in Zivil das Gebäude und zerstörten die technische Einrichtung unter dem Schutz des anwesenden stellvertretenden Generalstaatsanwalts sowie weiterer Justizbeamter.[4]

Die staatliche Repression in Oaxaca geht mit einer wirtschaftlichen und sozialen Marginalisierung der Bevölkerungsmehrheit einher. Etwa 60% der Bevölkerung leben auf dem Land, die Mehrheit davon unter prekären Lebensbedingungen. Nur die Hälfte der Wohnungen ist gleichzeitig mit Trinkwasser, Abwasser und Elektrizität versorgt. Die Armuts- und Analphabetenraten zählen zu den höchsten in ganz Mexiko, und die Gesundheitsversorgung ist auf dem Land de facto nicht gewährleistet.

Die Effekte sozialer Marginalisierung erweisen sich als noch dramatischer, wenn man die ethnische und kulturelle Zusammensetzung der Gesellschaft betrachtet. In Oaxaca sind 16 indigene Sprachgruppen vertreten, 38% der etwa 3.500.000 Bewohner des Bundesstaates sprechen eine indigene Sprache. Da die indigene Bevölkerung von Diskriminierung sowie ungleichen Zugängen zu Nahrung, Trinkwasser, Gesundheit und Bildung besonders betroffen ist, eröffnet sich zu den bereits genannten Konfliktlinien auch eine ethnische und kulturelle Dimension.[5] Politische Ansätze zur Konfliktminderung wie das 1998 verabschiedete Gesetz der Rechte indigener Bevölkerungsgruppen und Gemeinden in Oaxaca, das ihnen das Recht zuspricht, ihre Repräsentanten nach *uso y costumbre* also nach kulturellen Gewohnheitsrecht zu wählen, erweisen sich als Lippenbekenntnisse.

Massenproteste gegen Ulises Ruiz

Der breite Widerstand gegen Gouverneur Ulises Ruiz ist Ausdruck der sozialen Unzufriedenheit. Seit Juni 2006 ruft die APPO zum zivilgesellschaftlichen Widerstand auf und legt das öffentliche Leben in Oaxaca-Stadt lahm. Tausende von Menschen besetzen immer wieder die Innenstadt und öffentliche Einrichtungen. Straßenbarrikaden sollen den regelmäßig angekündigten Einmarsch der Sicherheitskräfte verhindern. An mehreren so genannten Mega-Demonstrationen nahmen bis Ende November 2006 Tausende von Menschen teil, mitunter sollen es sogar bis zu 900.000 Demonstranten gewesen sein.

Die Mehrheit der Protestierenden ruft zu gewaltfreiem Widerstand auf, aber unter den zahlreichen Demonstranten haben sich einige im Verlauf des Prozesses radikalisiert und verstehen Gewalt als durchaus legitime Antwort auf die staatliche Repression. Dies geht weit über den Bundesstaat hinaus. So stellten beispielsweise gleich mehrere radikale Gruppen, die sich im November 2006 zu drei Bombenanschlägen in Mexiko-Stadt bekannten, einen expliziten Bezug zu den Protesten in Oaxaca her. Bombenanschläge stellen freilich auch im radikalisierten und gewaltbereiten Spektrum eine Ausnahme dar. Bei den Demonstrationen selbst errichteten Randalierer aber immer wieder Straßenblockaden, die sie mit Molotow-Cocktails verteidigten oder steckten Fahrzeuge oder sogar öffentliche Gebäude in Brand. Allerdings ist der Verdacht der APPO, Handlanger der Regierung seien für diese Ausschreitungen mitverantwortlich, nicht von der Hand zu weisen, da sich unter den verhafteten Randalierern mehrfach PRI-Mitglieder befanden. Die APPO selbst distanzierte sich in der Regel von gewalttätigen Aktionen.

[4] Vgl. Amnesty International: UA-175/2005-1, 20.07.2005 (http://www2.amnesty.de/__C1256A380047FD78.nsf/0/A16A756CA7197385C1257051002FE9E4?Open&Highlight=2,oaxaca).

[5] Vgl. Instituto Nacional de Estadísticas Geografiá e Informática (www.inegi.gob.mx) und Red Oaxaqueña de Derechos Humanos: VI Informe, Situación de los Derechos Humanos en Oaxaca, 2005.

Der Missbrauch demokratischer Institutionen für staatlichen Terror

Das Bemühen der Zivilgesellschaft, sich bei den Protesten weitgehend an demokratische Spielregeln zu halten, beantworteten die staatlichen Institutionen und ihre Vertreter nicht nur mit brutaler Repression, sondern missbrauchten gleichzeitig die Institutionen des Rechtsstaates zur Bekämpfung der Proteste. Innerhalb des Bundesstaates wie auch auf nationaler Ebene wurden die sozialen Bewegungen systematisch kriminalisiert, um die harte Vorgehensweise zu legitimieren. So attackierten beispielsweise Gouverneur Ulises Ruiz und seine Regierung die Protestierenden in den Medien als Kriminelle, Lizbeth Caña Cadeza, Generalstaatsanwältin in Oaxaca, bezeichnete sie gar als Terroristen.[6]

Zusätzlich zu den Polizeieinsätzen gegen die Proteste fanden in einem weiteren Schritt Hausdurchsuchungen im Umland statt, die offenbar Druck auf die Bevölkerung ausüben sollten, um die soziale Bewegung zu schwächen. In Oaxaca-Stadt setzten die Polizeikräfte Schlagstöcke ein, führten willkürliche Verhaftungen durch und folterten Inhaftierte. Für das besonders schmutzige Geschäft wurden paramilitärische Einheiten, denen auch PRI-Mitglieder und Polizisten angehörten, eingesetzt: Diese sind offensichtlich verantwortlich für die Mordanschläge auf Demonstranten; wiederholt wurde auf Protestierende geschossen, einige von ihnen wurden wohl auch gezielt ermordet.

Der Kongress in Oaxaca unterstützt mit seiner PRI-Mehrheit (23 von 42 Abgeordneten) das Vorgehen des Gouverneurs uneingeschränkt. Außerdem kann sich die Regierung der Unterstützung durch den Justizapparat sicher sein. Die Staatsanwaltschaft in Oaxaca richtete zwar Sondereinheiten ein, jedoch nicht, um die 20 Mordfälle aufzuklären oder paramilitärische Einheiten strafrechtlich zu verfolgen, sondern um Demonstranten in flagranti festzunehmen. Selbst die mutmaßlichen Mörder des US-amerikanischen Journalisten Bradley Will, der am 27. Oktober 2006 bei Dreharbeiten in Oaxaca-Stadt offensichtlich einem gezielten Attentat zum Opfer fiel, wurden nur vorübergehend festgenommen.

Unterstützung fand die Regierung von Ulises Ruiz auch auf nationaler Ebene. Präsident Fox ordnete die Entsendung von Marine, Militär und Bundespolizei nach Oaxaca an. In indigenen Gemeinden wurde die militärische Präsenz verstärkt. Straßenkontrollen sollten die Anreise zu den Massendemonstrationen verhindern. Am 29. Oktober 2006 marschierte die Bundespolizei, die *Policia Federal Preventiva* (PFP), in Oaxaca-Stadt ein und fast vier Wochen später, am 25. November, wurde die Innenstadt durch die Bundespolizei, lokale Polizeieinheiten und paramilitärische Einheiten unter massivem Gewalteinsatz geräumt. 149 verhaftete Demonstranten wurden von der Polizei in Hochsicherheitsgefängnisse in andere Bundesstaaten gebracht. Auch die Bundesjustiz unterstützte diese repressive Politik aktiv durch willkürliche Verhaftungen. Strafrechtliche Untersuchungen der Menschenrechtsverletzungen in Oaxaca wurden hingegen nicht in die Wege geleitet.

Während die Protestierenden kriminalisiert, verfolgt und in den meisten Fällen grundlos verhaftet wurden, konnten die Verantwortlichen für die gravierenden Menschenrechtsverletzungen der letzten Monate – dazu zählen Mord, Verschwindenlassen und Folter – bislang mit Straffreiheit rechnen, da keine Gewaltenteilung gewährleistet ist und die politischen Institutionen einzig zur Durchsetzung der Interessen von Ulises Ruiz und Vicente Fox bzw. Felipe Calderón genutzt werden. Die zentrale Stellung des Präsidenten und die Tatsache, dass das politische System von Klientelismus und Korruption geprägt ist, fördert die Anfälligkeit der Institutionen, sich für staatlichen Terror missbrauchen zu lassen.

Die Bilanz von Oaxaca

Die Bilanz der letzten Monate spricht eine deutliche Sprache: Zwischen Juni und Dezember 2006 wurden mindestens 20 Personen in Oaxaca-Stadt ermordet, Hunderte verletzt, über 200 Personen verhaftet, die Mehrheit der willkürlich Inhaftierten gefoltert und 20 Personen gelten nach wie vor als verschwunden.[7] Genauere Angaben über die Zahl der Ermordeten, Verschwundenen und Inhaftierten sind nur schwer zu erhalten, da die

[6] Lizbeth Caña Cadeza zitiert in: La Jornada, 10.11.2006.

[7] Comisión Civil Internacional de Observación por los Derechos Humanos: V Visita por los sucesos de Oaxaca, 20. de enero 2007 (www.cciodh.pangea.org). Die Staatsanwaltschaft spricht von elf, die staatliche Menschenrechtskommission von 20 Ermordeten. Der zitierte CCIODH-Bericht benennt 23 identifizierte Tote.

Regierung in Oaxaca weiterhin legal arbeitende zivilgesellschaftliche Organisationen kriminalisiert. Gegen mehrere Menschenrechtsverteidiger wurden unter fadenscheinigen Gründen Haftbefehle ausgestellt. Eine Vielzahl zivilgesellschaftlicher Schlüsselpersonen hat sich aus dem öffentlichen Leben zurückgezogen, um nicht ebenfalls verhaftet zu werden.

Auch Journalisten können nur bedingt in Oaxaca arbeiten: Mindestens sieben mexikanische Medienvertreter sind in den letzten Monaten verhaftet, zusammengeschlagen oder sogar gezielt ermordet worden, einige von Agenten der Bundespolizei. Neben Bradley Will wurde auch der mexikanische Journalist Raúl Marcial Pérez ermordet. Mexiko zählt zwar seit langem zu einem der gefährlichsten Länder für Medienvertreter; bislang galt dies allerdings überwiegend für Journalisten, die über den Drogenhandel recherchierten.

Die politischen Parteien

Der politische Wille, Maßnahmen der Deeskalation einzusetzen und politische Lösungen zu suchen, fehlte bei den drei zentralen politischen Parteien PAN, PRD und PRI sowohl in Oaxaca als auch auf Bundesebene. Stattdessen nutzten sie die Eskalation in Oaxaca für ihre jeweiligen parteipolitischen Interessen.

Der Konflikt in Oaxaca stand auch im Zeichen der Präsidentschaftswahlen. Der Kandidat der PRI, Roberto Madrazo, landete abgeschlagen auf dem dritten Platz. Für die PRI lag es daher nahe, im Schulterschluss mit der PAN wenigstens ihren Machterhalt in Oaxaca zu sichern. Im Senat verweigerten sich PRI und PAN der Möglichkeit, den Bundesstaat Oaxaca als unregierbar einzustufen und damit den Gouverneur zum Rücktritt zu zwingen. Die PAN sicherte der PRI über ihr Abstimmungsverhalten im Senat damit das politische Überleben in Oaxaca. Im Gegenzug sicherte die PRI der PAN ihre Unterstützung auf nationaler Ebene zu.

Aber auch die PRD und ihr Präsidentschaftskandidat López Obrador haben den politischen und sozialen Sprengsatz in Oaxaca nicht entschärft, sondern den Konflikt in ihrem eigenen Interesse instrumentalisiert. Nach dem extrem knappen Ausgang der Präsidentschaftswahlen hat López Obrador den Wahlprozess angefochten. Er sieht sich als Opfer massiver Wahlfälschung und bemüht sich einerseits, den Kampf um die Präsidentschaft durch Anrufung des Bundeswahlgerichts weiterzuführen, andererseits scheint er einen Sonderweg außerhalb der Institutionen vorzubereiten. Ende vergangenen Jahres mobilisierte er Tausende Anhänger, die ihn am 20. November auf dem Hauptplatz in Mexiko-Stadt zum ‚legitimen' Präsidenten Mexikos ausriefen. Auf Kundgebungen solidarisiert sich López Obrador immer wieder mit den sozialen Protesten in Oaxaca, seine Möglichkeiten, auf politischem Wege Verhandlungslösungen für den Konflikt zu suchen, nutzt er jedoch nicht.

Ausblick

Bislang hat die Regierung Calderón keinerlei Schritte unternommen, rechtsstaatliche Grundsätze umzusetzen, die sozialen Konflikte zu lösen oder der Marginalisierung großer Bevölkerungsteile entgegenzuwirken. Die Existenz paramilitärischer Gruppen, die von Teilen der Sicherheitskräfte und politischen Parteien unterstützt werden, Folter unter Polizeigewahrsam, willkürliche Verhaftungen und die Methode des Verschwindenlassens politischer Gegner rufen Reaktionen der anderen OECD-Staaten auf den Plan. Das Europäische Parlament hat bereits Ende Dezember 2006 den Präsidenten des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen, den Mexikaner Luis Alfonso de Alba, zu einer Aussprache in den Menschenrechtsausschuss eingeladen.[8] Internationale Appelle haben derzeit jedoch wenig Aussicht auf Erfolg, stehen sie doch Calderóns Streben nach ausländischen Investitionen anscheinend nicht im Wege.

Calderón steht vor der Herausforderung, die makroökonomische Stabilität weiter zu garantieren. Die politische Krise des Landes kann er in diesem Zusammenhang entweder meistern oder weiterhin geschickt kaschieren. Während seiner Amtszeit besteht nun offensichtlich nur wenig Hoffnung, dass eine grundlegende Lösung der sozialen und politischen Probleme angestrebt wird.

Schon die Besetzung seines Kabinetts verdeutlicht Calderóns zukünftige Ausrichtung sowohl in ökonomischen als auch in sozialen Fragen. Seine

[8] Vgl. Appel, Marco: Condena en Europa, zitiert nach: Confederal Group of the European United Left – Nordic Green Left: Newsroom (http://www.guengl.eu/showPage.jsp?ID=3602).

wirtschaftsliberalen und politisch konservativen Ambitionen sind offensichtlich. Innenminister wurde zum Beispiel Francisco Ramírez Acuña. Als Gouverneur des Bundesstaates Jalisco wurde Acuña durch die gewaltsame Niederschlagung sozialer Proteste bekannt. Finanzminister wurde Agustín Carstens, zuvor geschäftsführender Vizedirektor des Internationalen Währungsfonds. Calderón setzt auf die Kräfte des Marktes und betonte vor kurzem mit Hinweis auf die Linksregierungen in Südamerika, dass jede Investition, die andernorts aus Angst vor politischer Instabilität abgezogen wird, in Mexiko stets willkommen sei. Die mangelnde Rechtsstaatlichkeit und die sozialpolitische Instabilität könnten bei den Investoren zwar Fragen aufwerfen, Calderón präsentiert sich gegenüber internationalen Investoren aber offenbar erfolgreich als Garant für Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. So betonte er zum Beispiel auf einer Pressekonferenz während seines Deutschlandbesuchs: „Wir möchten gern, dass Mexiko zu den besten Investitionsorten der Welt gehört. Das werden wir erreichen. Um das zu erreichen, müssen wir auch seitens des Staates alles garantieren, damit die Rechtsstaatlichkeit, die Legalität, gewahrt wird. [...] Wir sind eine offene Regierung. Wir wollen die Menschenrechte verteidigen, und jeglichen Zweifel in Bezug auf ihre Gültigkeit werden wir aus der Welt schaffen.“[9] Im Gegensatz dazu nimmt er in der mexikanischen Öffentlichkeit kein Blatt vor den Mund und vertritt seine harte Linie vehement. Er sucht beispielsweise bewusst die Nähe zum Militär, auf das er sich in seinem Programm der Inneren Sicherheit unter anderem stützen will. Die Aufstockung des Militärbudgets bei gleichzeitigem Sparprogramm für alle anderen Posten, die Ankündigung, 10.000 Mitglieder aus Militär und Marine in die Bundespolizei PFP zu integrieren sowie die aktive Unterstützung für Ulises Ruiz und seine Politik des staatlichen Terrors lassen wenig Hoffnung auf eine friedliche Zukunft aufkommen.

[9] Vgl. Mitschrift der Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Mexiko, Felipe Calderón am 25. Januar 2007 in Berlin (http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2007/01/2007-01-25-statements-merkel-calderon.html).

Refenzen

Amnesty International: UA-175/2005-1, 20.07.2005 (http://www2.amnesty.de/__C1256A380047FD78.nsf/0/A16A756CA7197385C1257051002FE9E4?Open&Highlight=2,oaxaca).

Appel, Marco: Condena en Europa, zitiert nach: Confederal Group of the European United Left – Nordic Green Left: Newsroom (http://www.guengl.eu/showPage.jsp?ID=3602).

Comisión Civil Internacional de Observación por los Derechos Humanos: V Visita por los sucesos de Oacaxa, 20. de enero 2007 (www.cciodh.pangea.org).

Congreso Constitutivo de la Asamblea Popular de los Pueblos de Oaxaca: Resumen general de los resultados de las mesas de trabajo, 2006.

Instituto Nacional de Estadísticas Geografiá e Informática (www.inegi.gob.mx) und Red Oaxaqueña de Derechos Humanos: VI Informe, Situación de los Derechos Humanos en Oaxaca, 2005.

Maihold, Günther: Regieren nach dem Foto-Finish: Mexiko und die Wahlen vom 2. Juli 2006, in: GIGA-Focus Lateinamerika 7/2006.

Mitschrift der Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Mexiko, Felipe Calderón am 25. Januar 2007 in Berlin (http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2007/01/2007-01-25-statements-merkel-calderon.html).

Red Oaxaqueña de Derechos Humanos (Coordinación): Informe sobre las violaciones a los derechos humanos cometidos durate el desalojo del plantón magisterial, julio 2006.

Die Autorin

Christiane Schulz ist Politikwissenschaftlerin und für die Regionalkoordination Lateinamerika im Referat Menschenrechte des Diakonischen Werks der EKD zuständig. Ihre Länderschwerpunkte sind Mexiko, Guatemala und Kolumbien.
E-Mail: c.schulz@diakonie-human-rights.org

DÜI/GIGA-Publikationen zum Thema

Corbacho, Ana/Schwartz, Gerd (2002): Income Distribution and Social Expenditure Policies in Mexico: What Can we Learn from the Data?, in: Lateinamerika Analysen 1, Hamburg: IIK, S. 5-64.
Grenz, Wolfgang (Red.) (2001): Mexiko 2000 – Ungleichheiten als Normalzustand? Lateinamerika. Analysen – Daten – Dokumentation. Hamburg: IIK.
--- (2000): Sicherheitspolitik in Mexiko, in: Kurtenbach, Sabine et al.: Sicherheitspolitik in Lateinamerika. Vom Konflikt zur Kooperation? Opladen: Leske + Budrich, S. 211-223.
Krennerich, Michael/Góngora Mera, Manuel E. (2005): Soziale Menschenrechte in Lateinamerika, in: Brennpunkt Lateinamerika 15-05. Hamburg: IIK.
--- (2003): Menschenrechte in Lateinamerika. Schutz mit sozialer Schieflage, in: Brennpunkt Lateinamerika 07-03. Hamburg: IIK.
Maihold, Günther (2006): México: la elección en disputa. Retos para el nuevo gobierno de Felipe Calderón, in: Iberoamericana 24, S. 167-172.
--- (2006): Regieren nach dem Foto-Finish: Mexiko und die Wahlen vom 2. Juli 2006, in: GIGA Focus Lateinamerika 07-06. Hamburg: IIK.
--- (2006): Elitenwandel und technokratische Politik in Lateinamerika: Das Beispiel Mexiko Lateinamerika, in: Lateinamerika Analysen 13, Hamburg: IIK, S. 7-34.
--- (2004): Mexiko: Auszehrung der Regierung Fox – Gefahr für die Konsolidierung der Demokratie?, in: Brennpunkt Lateinamerika 20-04. Hamburg: IIK.
--- (2003): Modernität, Modernismus und Modernisierung in Mexiko Wege einer anderen Moderne, in: Lateinamerika Analysen 4, Hamburg: IIK, S. 133-144.
Nunnenkamp, Peter (2002): Wie gut gerüstet ist Mexiko für die wirtschaftliche Globalisierung?, in: Lateinamerika Analysen 2, Hamburg: IIK, S. 29-54.
Ramírez León, Lucero (2006): Las elecciones presidenciales en México: involución democrática y victorias ajustadas vistas desde el caso alemán, in: Iberoamericana 24, S. 163-167.
Stiegler, Ursula (2005): Wie weit reicht Mexiko? Die politischen Implikationen der mexikanischen Migration in die USA, in: Brennpunkt Lateinamerika 18-05. Hamburg: IIK.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Lateinamerika wird vom Institut für Lateinamerika-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.
Redaktion: Sebastian Huhn; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler
Lektorat: Julia Kramer; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Lateinamerika-Studien

IMPRESSUM